

Lärmstreit um die Osttangente

Der Basler Regierungsrat fordert vom Bund so bald wie möglich Schutzmassnahmen

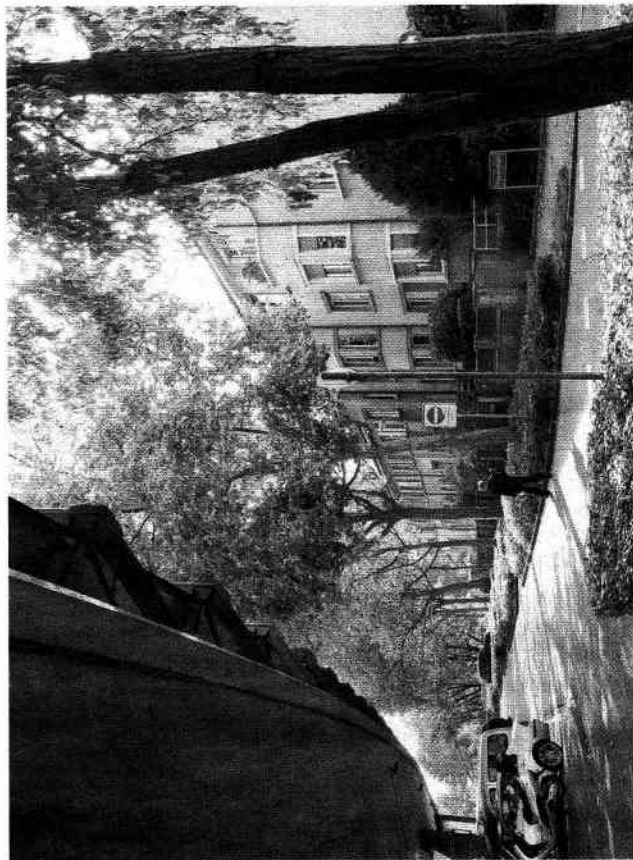
Von Nina Jecker und Urs Rist

Basel. Jeden Tag brausen durchschnittlich 100'000 Fahrzeuge über die Basler Osttangente. Für die Anwohner bedeutet dies vor allem Lärm. Da die Autobahn an dieser Stelle quasi mitten durch die Stadt führt, leben zahlreiche Personen in nächster Nähe der Verkehrsachse. Der Transitverkehr soll zwar in mehr als zehn Jahren zum Teil in einen Rheintunnel verschwinden, der aber in einem ersten Schritt nördlich nur an die Nordtangente angeschlossen werden soll (BaZ von gestern). Trotz der Planung des Rheintunnels benötige die oberirdische Osttangente «dringend» eine Lärmsanierung, sagen Anwohner.

Unterstützung bekommen die Anwohner jetzt vom Regierungsrat. Dieser bestätigt, dass Lärmschutzmassnahmen umgehend an die Hand genommen werden müssten. Die Lärmbelastung aus den Verkehrsquellen – gemeint sind Nationalstrasse, Lokalverkehr und Eisenbahn – führe «zu einer qualitativen Beeinträchtigung und einer erheblichen Störung der Anwohnerinnen und Anwohner sowie einer Entwertung der Liegenschaften», schreibt der Regierungsrat in der vorläufigen Antwort auf einen Anzug von Grossrätin Dominique König-Lüdin (SP). Er sieht sich in dieser Haltung durch den neuesten Lärmbelastungskatavoster für die Nationalstrassen bestätigt.

Astra will erst 2020 sanieren

Anders sehen den Sachverhalt offenbar die Verantwortlichen beim Bundesamt für Strassen (Astra). Dieses ist seit 2008 für die Nationalstrassen zuständig. Das 2005 vom Kanton Basel-



Lärmschneise mitten durch die Stadt. Die Osttangente verläuft zum Beispiel an der Schwarzwaldallee nahe bei Wohnhäusern. Foto Margrit Müller

Stadt ausgearbeitete Lärmsanierungsprojekt wurde vom Astra nach der Übertragung der Zuständigkeit nicht weiterverfolgt.

Heute stelle sich das Astra auf den Standpunkt, dass die Schallschutzmassnahmen bei Nationalstrassen, die laut Lärmschutzverordnung bis 31. März dieses Jahres umgesetzt werden müssen, ausreichend erfüllt seien, weil der Kanton vor rund 20 Jahren bereits Massnahmen umgesetzt hat. Dazu gehören die Lärmschutzwände auf den Brücken und die Überdeckungen im Gebiet des Gellert-Dreiecks.

«Der Regierungsrat kann sich der Meinung des Astra nicht anschliessen», heisst es in der Antwort. Deshalb will er bei Bundesrätin Doris Leuthard vorstellig werden und sich dafür einsetzen, «dass umgehend ein umfassendes Sanierungskonzept für die Osttangente zu erarbeiten ist und dieses auch baldmöglichst umgesetzt wird».

Das Bundesamt habe zwar mitgeteilt, dass in diesem Jahr mit der Erarbeitung eines Lärmsanierungsprojekts zwischen der schweizerisch-deutschen Grenze und dem Schweizerhallentunnel begonnen werde. Dieses soll aber erst 2020 aufgelegt und anschliessend realisiert werden.

überfällige Lärmschutzsanierung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird», kritisiert Grossrätin König-Lüdin. Lärmschutz bei Nationalstrassen sei ganz klar Aufgabe des Bundes.

Auch FDP für Überdeckung

«Lärmschutzmassnahmen sofort», fordert auch die Basler FDP in einer Medienmitteilung zu der Absichtserklärung für einen Rheintunnel zwischen dem Astra und dem Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) Basel-Stadt. Da der Realisierungszeitpunkt des Tunnels mit einem Baubeginn ab 2025 «in weiter Ferne» liege, sei «die Lärmbelastigung der Anwohner sofort und nachhaltig zu lindern». Dafür sei eine teilweise Überdachung der Autobahn zwingend notwendig, schreibt die FDP. Sie sieht den Kanton Basel-Stadt und dessen Baudirektor in der Pflicht, «schnellstmöglich den unhaltbaren Zustand zu beseitigen».

Auch der VCS beider Basel verlangt einen «sofortigen» Lärmschutz. «Mit der Planung des Tunnels hofften die Beteiligten wohl, politischen Druck wegnemen und die Anwohner auf später vertrösten zu können», vermutet Geschäftsführerin Stephanie Fuchs. Der VCS, der jede Kapazitätserweiterung der Osttangente von Beginn an ablehnt hat und den Mehrverkehr auf die Schiene verlagern will, wünscht sich einen Deckel über die bestehende Osttangente.

Dafür müsste gemäss der Mitteilung des BVD und des Astra über den Rheintunnel der Kanton aufkommen: Dieser «übernimmt die Kosten für Massnahmen wie Einhausungen oder Überdeckungen, die sich auf städtische Bedürfnisse beziehen».

Die Lärmanmassnahmen sind aussergewöhnlich.